

Internationales Anarchistentreffen in Venedig

Abschied vom Attentatterich

Venedig (taz) - Auch anarchistische Kongresse können öde, bürokratisch und abgehoben sein. Das internationale Treffen, das Anfang Oktober in Venedig stattfand, war es aber ganz bestimmt nicht. Die Themen der Seminare und Diskussionen waren weit gestreut, und die 2.000 bis 3.000 Teilnehmer kamen aus den unterschiedlichsten Generationen, Ländern und Denkrichtungen: Junge italienische Anarchisten interviewten Veteranen aus dem spanischen Bürgerkrieg; Exilchilenen diskutierten mit aktiven Anarchisten aus Caracas; französische Theoretiker erlebten Hausbesetzer aus der Schweiz und der BRD, und die Amerikaner hatten Gelegenheit, das „andere Amerika“ vorzustellen. Es wurde am internationalen Network gestrickt, und die meisten hatten ihren Spaß dabei.

Zweifel an den traditionellen Revolutionsmodellen wurden von verschiedenen Seiten formuliert. Der französische Soziologe Claude Orsoni stellte fest, daß es in den westlichen Industrieländern seit fast 50 Jahren keine wirklich revolutionären Bewegungen gegeben habe, und forderte eine Neubestimmung der Wege zu einer radikalen sozialen Umwälzung. Horst Stowasser vom „Anarchistischen Dokumentationszentrum“ in Wetzlar wies auf den fundamentalen Fehler hin, gewalttätige Aktionen für revolutionär und friedliche für reformistisch zu halten. Viel wichtiger und nötiger sei es, den Effekt der Handlungen zu betrachten. Auch Andrea Papi aus Ita-

lien bezweifelte die Wirksamkeit alter Insurrektionsmodelle; nicht nur wegen der Waffenungleichheit zwischen Staat und Aufständischen, sondern auch weil eine libertäre Revolution ohne den gleichzeitigen Aufbau neuer Formen der Zusammenarbeit unmöglich sei. Der bloße Aufstand, selbst wenn er gelänge, würde nur wieder in einem neuen Autoritarismus enden, wie sich oft genug gezeigt hat. Thomas Ibañez aus Barcelona schließlich reklamierte für sich eine „anarcho-kritische Position“, die das Konzept der Revolution weder als positiv noch als Kern des libertären Denkens betrachtet.

1984 — einst und jetzt

George Orwell, selber Sympathisant des Anarchismus, wurde in der Eröffnungsveranstaltung des Kongresses auf seine Aktualität hin überprüft. John Clark aus New Orleans stellte fest, daß der „Big Brother“ von heute die Ware sei und weniger sie uns als wir sie betrachteten. Die Kontrolle durch diesen „Giant Economy Size Brother“ sei freilich noch effektiver. War Orwells Oceania eine Welt der Repression, der Knappheit und der Reglementierung, so sei das wirkliche 1984 — zumindest in den westlichen Industrieländern — durch Warenkonsum und die Kontrolle der sozialen Fantasie gekennzeichnet. Wo alles zur Ware wird, höre die Geschichte auf. Der „reinen Macht“ des Konsums seien zwar auch alte Autoritätsstrukturen zum Opfer gefallen, doch die „Freiheit durch die Ware“ sei eben gerade die Illusion der Freiheit. Die Ware besetze und kolonisiere das Ego und werde so zum wirkungsvollsten Unterdrücker.

Günter Hartmann vom „Forum für Liber-

täre Information“ in Berlin und Wolfgang Haug von der Zeitschrift 'Schwarzer Faden' knüpften an Clarks Einschätzung indirekt an, als sie in ihren „Thesen zur Auflösung und Verfall der Arbeit“ postulierten, der Weg führe „entgegen der Tradition von der Wissenschaft zur Utopie und zur konkreten Entwurfskraft!“ Die Linke müsse erkennen, daß es nicht mehr die Ökonomie (menschliche Arbeitskraft, Lohnarbeit, Produktionsprozeß etc.) sei, die die bestimmende Rolle in der Politik (auch der linken) spiele. Die bloße Übernahme der Produktionsmittel könne heute erst recht nicht mehr das Mittel sein, die Gesellschaft zu verändern. Das linke Politikverständnis näherte sich damit (zumindestens bei den Teilen der Linken, die nicht unter Realitätsverlust leiden) immer mehr den anarchistischen Vorstellungen.

Staat und Anarchie

Wie die anarchistischen Ideen („das zu meist unbeachtete Gewissen der politischen Linken“) unter die Leute zu bringen seien, darüber gab es durchaus unterschiedliche Vorstellungen. Daß dabei die Vertreter der klassischen Länder des Anarchismus (Spanien, Italien) und die meisten Lateinamerikaner eher auch für traditionelle Organisationsformen eintraten, während die Nordamerikaner und die Nord- und Mitteleuropäer zumeist eine Öffnung gegenüber den in ihren Ländern entstandenen neuen sozialen Bewegungen favorisierten, wunderte niemanden. Wenn Murray Bookchin aus den USA von der „kybernetischen Gesellschaft“ sprach und im nuklearen Krieg wie in der Umweltzerstörung eine Bedrohung sieht, die größer ist

als der Kapitalismus selbst, dann forderte er damit die Anarchisten in allen Ländern auf, von ihren gesellschaftlichen Bedingungen auszugehen. US-Amerikaner etwa könnten wenig mit syndikalistischen Ideen anfangen, aber die durchaus libertären Forderungen nach „grass-roots“-Demokratie, lokaler Kontrolle, Föderalismus und Selbstversorgung könnte Millionen Amerikaner erreichen.

Auch Rudolf de Jong vom Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte setzte seine Hoffnung eher auf das Wachsen des „anarchistischen Geistes“ als auf das der „Bewegung“ allein. Neben dem „negativ bestimmten Anarchismus“, der gegen den Staat und die Autorität kämpft, gebe es gerade in der jüngeren Zeit auch immer mehr Ansätze für einen „positiven Anarchismus“, der versuche, Beziehungen, Kulturen und soziale Strukturen ohne Autorität aufzubauen. In vielen Gesellschaften gebe es heute Konfrontationen mit der Staatsgewalt nicht deshalb, weil der Staat direkt von antiautoritären Revolutionären angegriffen werde, sondern weil Staat und Autorität sich gerade von den anti-autoritären Initiativen bedroht fühlen und sie daher zerschlagen wollen.

Markierte Venedig also den endgültigen Abschied vom „Anarchierich mit dem Attentäterich“ (Erich Mühsam)? Der war schon immer mehr ein bürgerliches Schreckgespenst als anarchistische Wirklichkeit. Aber die Angst, daß libertäre Ideen in unserer Gesellschaft vielleicht noch mehr einschlagen als Bogen, mag den Staat auch nach Venedig sicherlich beunruhigen.

Thomas Pampuch